



Tadschikistan: Die Ergebnisse der Parlaments- und Kommunalwahlen vom 28. Februar 2010

1. Zusammenfassung



Am **28. Februar 2010** hat Tadschikistan ein neues Parlament (Unterhaus) gewählt. Parallel wurden auch Kommunalwahlen durchgeführt.

Tadschikistan ist die ärmste der nördlich von Afghanistan gelegenen Ex-Sowjetrepubliken. Nach ihrer Unabhängigkeit (09. September 1991) wurde sie zuerst von einem blutigen Bürgerkrieg mit über 100.000 Toten heimgesucht (1992-1997). Anschließend verschwand sie wieder aus dem weltweiten öffentlichen Interesse. Aber dem Land wird heute wieder mehr geopolitisch strategische Bedeutung zugemessen, da es eine schwer kontrollierbare 1.200 km lange gemeinsame Grenze mit Afghanistan hat, in dem die westlichen Alliierten einen nicht erklärten Krieg gegen die Taliban führen.

Wie sich die politische Situation in dem Lande heute darstellt, darauf versucht der vorliegende Beitrag Antworten zu geben. Anlass dafür waren die Parlaments- und Kommunalwahlen vom 28.02.2010. 63 Abgeordnetenmandate für das Unterhaus des Parlaments (22 über Parteienlisten und 41 über Direktmandate in Wahlkreisen) waren zu vergeben. Auf kommunaler Ebene fanden die Wahlen zu den Parlamenten (Räten) der Regierungsbezirke (Oblasts), der Landkreise, der Hauptstadt Dushanbe und der weiteren Städte statt. Erstmals wurden auch Wahlen in den örtlichen Selbstverwaltungseinrichtungen (*„Dshamoate“*; in der Regel ein Verbund von größeren Ansiedlungen oder Dörfern) durchgeführt. Für die Parteien galt eine landesweite 5 Prozent-Hürde. Insgesamt acht Parteien hatten bei den Wahlen ihre Kandidaten ins Rennen geschickt. Wie erwartet hat die dem tadschikischen Staatspräsidenten Emomali Rachmon nahestehende ‚Demokratische Volkspartei Tadschikistans‘ (NDPT) einen klaren Sieg errungen. Den Oppositionsparteien wurde wieder keine echte Chance eingeräumt.

Die internationalen Wahlbeobachter der OSZE (Die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa) haben wie schon in vorhergehenden Wahlen auch dieses Mal zahlreiche Defizite feststellen müssen.

Der Versuch der tadschikischen Regierung, die neuerlichen Parlaments- und Kommunalwahlen als einen Indikator der fortgeschrittenen Demokratie im Lande darzustellen, muss als gescheitert angesehen werden.

De facto beherrscht Präsident Rahmon das arme Land uneingeschränkt. Er kontrolliert dabei alle politischen Instanzen des Landes. Aber die Politik Rahmons bedeutet eine gefährliche Gratwanderung zwischen Autoritarismus und fehlender staatlicher Handlungsfähigkeit, die

zudem die gewaltigen sozioökonomischen Probleme des Landes einer Lösung keinen Schritt näher bringt. Die Hauptgefahr für potentielle Proteste besteht heute darin, dass die nächste Revolution nicht mehr wie früher „rote“ Farbe haben wird, sie auch nicht „orange“ sein wird, sondern bereits „grün“. Die islamisch religiösen Parteien und Bewegungen, darunter auch die im Untergrund befindlichen und verbotenen, betreiben aktive Maßnahmen zur Vorbereitung einer solchen Entwicklung.

2. Politische Parteien in Tadschikistan

An den Parlamentswahlen in Tadschikistan haben **alle acht offiziell registrierten Parteien** teilgenommen.

Als stärkste und einflussreichste Partei gilt dabei die „Demokratische Volkspartei Tadschikistans“ (NDPT), die vom Präsidenten des Landes Emomali Rachmon angeführt wird. Die NDPT wurde am 10.12.1994 als ‚Volkspartei‘ gegründet und agiert seit dem 25.06.1997 unter dem neuen Namen. Sie war bisher immer die regierende Partei und verfügt über große Personal-, Verwaltungs- und Finanzressourcen. Allein die Tatsache, dass ihr Vorsitzender der Präsident des Landes ist, dem in der offiziellen Berichterstattung „alle Erfolge des unabhängigen Tadschikistans“ zugeschrieben werden, gibt der Partei große Vorteile bei Wahlen. Fast alle Gouverneure, Landräte und Bürgermeister des Landes sind NDPT-Mitglieder und gelten als Vertreter des Präsidenten, d. h. des NDPT-Vorsitzenden. Die NDPT, die bei den letzten Parlamentswahlen von 63 Mandaten 52 erringen konnte und auch bei den Wahlen zu den lokalen Parlamenten sehr erfolgreich war, muss als die dominierende politische Macht des Landes angesehen werden.

Die zweitgrößte und einflussreichste tadschikische Partei ist die „Kommunistische Partei Tadschikistans“ (KPT). Sie ist die Nachfolgerin der KPT aus dem Verbunde der (sowjetischen) KPdSU. Sie wurde im Januar 1992 gegründet. Der derzeitige Parteivorsitzende ist Schodi Schabdolow. Die Partei hat viele Anhänger unter den Menschen der älteren Generation. Ausgehend von der Tatsache, dass es in bestimmten Bevölkerungsschichten immer noch die „Sehnsucht nach der guten alten Sowjetunion“ gibt, konnte die Partei wieder auf drei bis vier Parlamentsmandate hoffen. Im alten Parlament war die KPT mit vier Abgeordneten vertreten.

Die drittgrößte Partei ist die PIWT (Partei der islamischen Wiedergeburt). Sie löste auf der Gründungskonferenz am 27. Oktober 1990 die noch sowjetische ‚Partei der islamischen Wiedergeburt‘ ab. Nachdem sie am 04. Dezember 1991 im tadschikischen Justizministerium registriert worden war, wurde sie anschließend im Juni 1993 verboten. Nach der Unterzeichnung des ‚Allgemeinen Abkommens über die Herbeiführung des Friedens und der Nationalen Eintracht in Tadschikistan‘ (zur Beendigung des Bürgerkriegs) am 27. Juni 1997 wurde auch dieser Partei die Möglichkeit eingeräumt, einen legalen Status zu erlangen. Im August 1997 wurde sie wieder als offizielle politische Partei registriert und hatte bei den Parlamentswahlen von 2005 zwei Abgeordnetenmandate im tadschikischen Parlament errungen. Die Partei hat nach eigener Aussage auf „radikale Kampfmethoden“ verzichtet und definiert sich als demokratisch parlamentarisch. Sie grenzt sich von anderen radikalen islamistischen Parteien und Bewegungen in der gesamten Region ab. Unter Berücksichtigung der Tatsache, dass 99 Prozent der tadschikischen Bevölkerung Moslems sind, kann die Partei mit verständlichen einfachen Wahlslogans bei moslemischen und auch sozial benachteiligten Wählerschichten auf Unterstützung hoffen. Nach dem Tod des „Gründervaters“ der Partei, Said Abdullo, ist jetzt der 45jährige Muhiddin Kabiri Parteivorsitzender. Er ist Absolvent der Fakultät für orientalische Sprachen der Staatlichen Universität Tadschikistans (1992) und der Diplomatischen Akademie des Außenministeriums der Russischen Föderation (1995). Er gab sich vor den Wahlen sicher, bei dem anstehenden Urnengang mit seiner Partei mehr als zwei Sitze im Parlament zu erringen und so eine Fraktion gründen zu können. Trotz aller gegensätzlichen Beteuerungen der Partei selbst, schauen viele säkular erzogene Wähler immer noch misstrauisch auf die Partei. Allzu deutlich hatte sich diese während des Bürgerkriegs für eine stärkere Orientierung des Staatswesens an islamischen Werten und Symbolen im Falle eines Sieges der von ihr personell und

materiell unterstützten „Vereinigten Tadschikischen Opposition“ ausgesprochen. Am Ende der Auseinandersetzungen stand sie damals auf der Verliererseite. Die Seite, die schließlich zwar nicht den militärischen Sieg errang, aber die politische Oberhand behielt, war die „Volksfront“, angeführt vom jetzigen Präsidenten Rachmon.

Die vierte Partei, die um Plätze im tadschikischen Parlament gerungen hat, ist die „Demokratische Partei Tadschikistans“ (DPT). Gegründet im August 1990, wurde sie beim tadschikischen Justizministerium am 21. Juni 1991 registriert. Anschließend stand sie unter politischem Verbot, um wieder am 03. Dezember 1999 zugelassen zu werden. Zu Beginn der 90er Jahre besaß die DPT über wirkliche Autorität im Lande, aber mangelnde Erfahrung und begangene politische Fehler führten schließlich dazu, dass die Partei ihre gemäßigte Linie als eine Zentrumsparterie verließ und die radikalen Flügel der Partei die Oberhand behielten. Während des Bürgerkriegs, als die Führungsschicht der Partei ins Ausland flüchtete, spaltete sich die Partei in die Plattformen „Alma-Ata“ und „Teheran“. Nach der Verhaftung des neuen Parteiführers Mahmadrusi Iskandarova spaltete sich die Partei noch einmal. Der Parteiflügel, der von M. Iskandarow angeführt wurde, konnte keine Zulassung vom Justizministerium erhalten, während der gegenüber der tadschikischen politischen Führung loyale Flügel als offizielle Partei registriert wurde. All diese Entwicklungen haben den Ruf der Partei im Lande stark beschädigt, sie hat an Popularität verloren und ihre Kandidaten hatten bei den anstehenden Wahlen geringe Chancen, ein Parlamentsmandat zu erringen.

Die „Sozialistische Partei Tadschikistans“ (SPT) ist die fünfte Partei, deren Kandidaten sich für ein Abgeordnetenmandat bewarben. Parteigründer ist der im August 1999 getötete ehemalige Sprecher des Parlaments Safarali Kendshaew. Offiziell gegründet wurde die Partei am 06.08.1996. Nach dem Tod von Kendshaew ereilte die Partei das gleiche Schicksal wie das der DPT: Flügelpkämpfe und Spaltungen führten dazu, dass die Partei heute keine gesellschaftliche Basis mehr hat, dass sie die meisten Parteimitglieder verlor und deshalb nur wenig Chancen auf Mandate bei den anstehenden Parlamentswahlen hatte.

Unter der mehr intellektuellen Bevölkerung Tadschikistans („Intelligenzija“) ist die „Sozialdemokratische Partei Tadschikistans“ (SDPT) sehr beliebt. Unter großen Schwierigkeiten wurde sie im Jahre 1998 offiziell gegründet. Ihr Vorsitzender Rachmatillo Soiirow, ein bekannter Rechtswissenschaftler, ist ein hartnäckiger Kritiker der derzeitigen politischen Führung des Landes. Er klagt viele Entscheidungen des Präsidenten und der Regierung als rechts- und gesetzeswidrig an. Er hatte schon die Präsidentenwahl von 1994, die mit dem Referendum über eine neue Verfassung einherging, für gesetzeswidrig erklärt. Der Aufstieg der SDPT und ihres Vorsitzenden wird jedoch auch vom in Tadschikistan immer noch existierenden (teilweise ethnischen) Tribalismus (einemündend in Clan-Strukturen) und der „Hegemonie der herrschenden Schicht“ (das Land geprägt von wenigen Familien) beeinflusst sein. Soiirow wird immer wieder damit angegriffen, dass er kein gebürtiger Tadschike ist. Er wurde in Usbekistan (Regierungsbezirk Taschkent) geboren. Nach der Unabhängigkeit war er sogar eine Zeitlang der führende Berater des tadschikischen Präsidenten für Fragen der Rechtspolitik. Seit 1999 steht er auch an der Spitze der Nichtregierungsorganisation „Juristisches Konsortium“. Politische Experten waren der Meinung, dass die SDPT mindestens ein Abgeordnetenmandat erringen konnte, falls ihren Kandidaten keine ungerechtfertigten Hürden in den Weg gelegt und die Wahlen fair verlaufen würden.

Im Vorfeld der Präsidentschaftswahlen von 2006 waren in Tadschikistan noch zwei weitere Parteien gegründet worden: Die „Agrarpartei Tadschikistans“ (APT) und die „Partei der wirtschaftlichen Reformen Tadschikistans“ (PWR). Beide gelten als präsidenten- und regierungsnah. Die „Agrarpartei Tadschikistans“ wurde am 15. November 2005 fast ein Jahr vor den letzten Präsidentschaftswahlen offiziell registriert. Parteivorsitzender ist Karakulow Amir Buriewitsch, gleichzeitig stellvertretender Vorsitzender der „Akademie für Agrarwissenschaft“. Die „Partei der wirtschaftlichen Reformen“ wurde am 28. Oktober 2005 offiziell registriert. Parteivorsitzender ist der derzeitige Minister für Transport und Kommunikation, Boboew Olim Boboewitsch. Politische Experten vertraten die Ansicht, dass die übermäßig starke Regierungspartei NDPT den beiden obigen zum Präsidenten loyal stehenden Parteien „zugestehen“ könnte, jeweils einen Abgeordneten in das neue tadschikische Parlament zu entsenden.

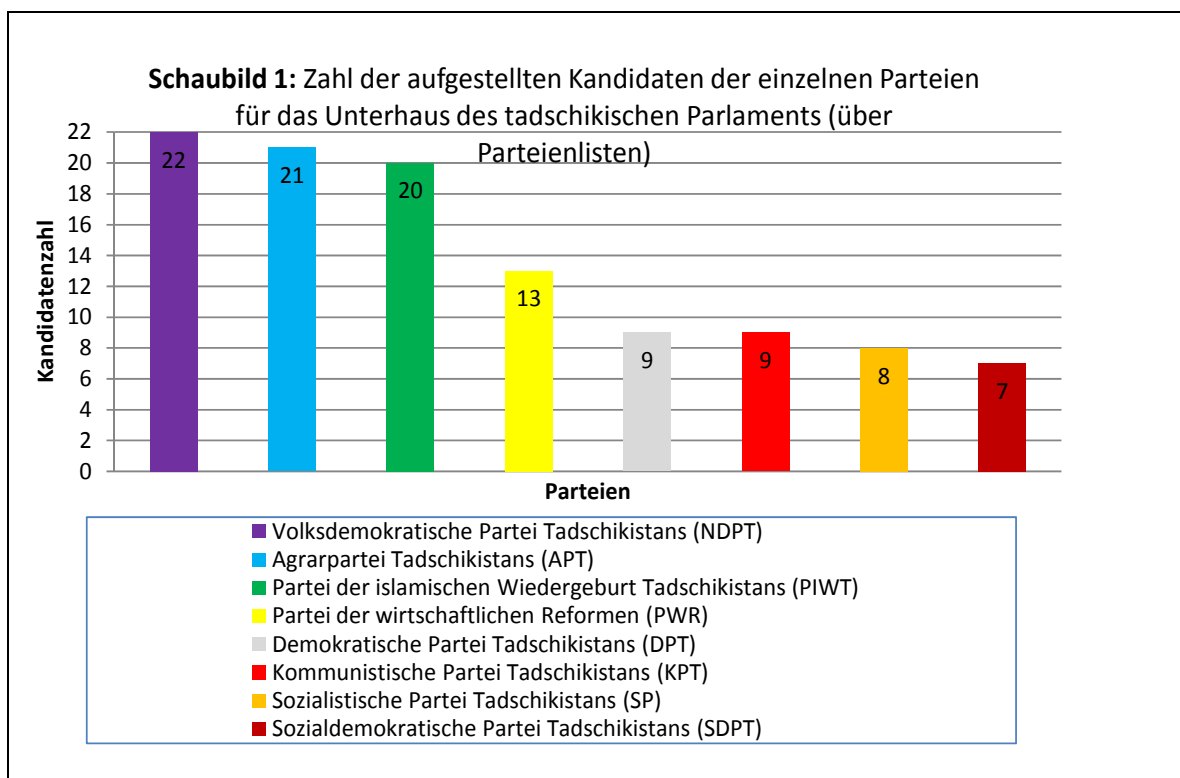
Für die Kommunalwahlen wurde allgemein erwartet, dass die bisherige Dominanz der NDPT in gewählten regionalen/lokalen Parlamenten bestätigt würde. Die anderen Parteien hatten wenig Hoffnung, dort in größerem Umfang Mandate zu erringen.

3. Wahlgesetzgebung der Republik Tadschikistan und Kandidatenaufstellung

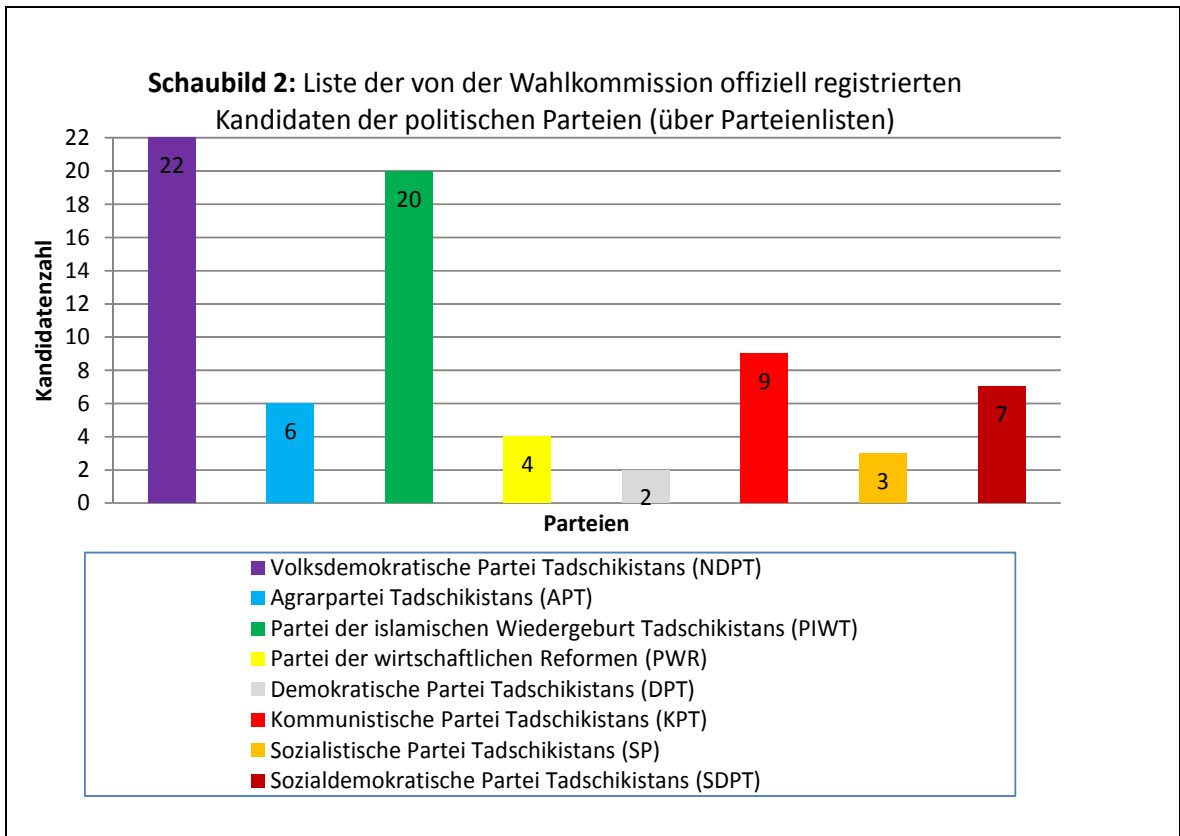
Das tadschikische Parlament (Madshilisi Oli) besteht aus Oberhaus (Madshilisi Milli) und Unterhaus (Madshilisi namojandagon). Während für das Oberhaus (Senat mit 33 Mitgliedern) Delegierte von den Mitgliedern der Bezirks-, Kreis- und Stadträte entsandt (25) bzw. vom Präsidenten ernannt (8) werden, sind die 63 Mitglieder des Unterhauses vom Volk gewählt. Tagungen des Oberhauses werden nicht weniger als vier Mal im Jahr einberufen. Die Wahlen vom 28. Februar 2010 galten für das Unterhaus des Parlaments. Die Wahlen zum Senat werden am 25. März 2010 folgen.

Parlamentswahlen (Unterhaus)

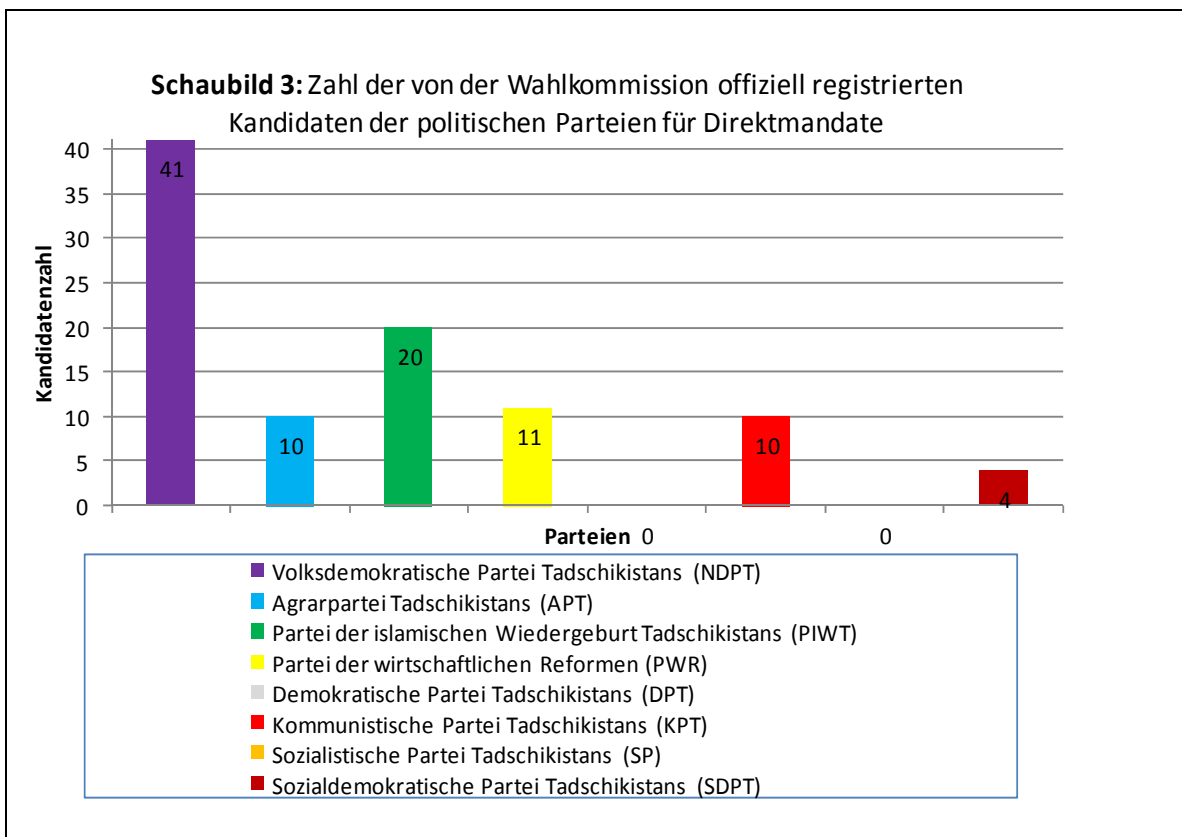
Laut Artikel 8 des Verfassungsgesetzes der Republik Tadschikistan über „Wahlen in das Parlament der Republik Tadschikistan“ mussten alle politischen Parteien ab der Festsetzung des offiziellen Datums der Parlamentswahlen bis 60 Tage vor den Wahlen ihre Kandidaten für die Direktmandate und bis 45 Tage vor den Wahlen ihre Kandidaten für die Parteilisten offiziell der Wahlkommission mitteilen.



Die tadschikische Wahlkommission hat aus den 109 Kandidaten, die von den politischen Parteien für das Unterhaus des Parlaments aufgestellt worden waren, schließlich 73 offiziell akzeptiert und registriert.



Insgesamt 185 Kandidaten bewarben sich schließlich für ein Direktmandat in einem der Wahlkreise (96 Kandidaten von politischen Parteien und 89 unabhängige Kandidaten).



Von den ursprünglich 185 Kandidaten für Direktmandate hat die tadschikische Wahlkommission letztendlich 153 registriert. Drei davon haben später ihre Kandidatur wieder zurückgezogen.

Für die 41 Direktmandate zum tadschikischen Parlament (Unterhaus) haben sich 150 Kandidaten einen politischen Wahlkampf geliefert, durchschnittlich 3,7 Kandidaten pro Wahlkreis.

Wie aus den Diagrammen ersichtlich ist, hatte die islamisch orientierte PIWT die zweitgrößte Zahl von offiziell registrierten Kandidaten nach der NDPT, was für ihr großes Potential spricht – sowohl in finanzieller Hinsicht, als auch im Hinblick auf ihre Wählerschaft. Es ist allgemein bekannt, dass sich nicht alle politischen Parteien die Hinterlegung der Registrierungsgebühr für ihre Kandidaten (1.206 Euro pro Kandidatur) leisten konnten. Diese Gebühr wird nach dem Gesetz nur dann zurückerstattet, falls der Kandidat wirklich ins Parlament gewählt wird oder die Partei landesweit 5 Prozent der Stimmen erringt. Zum Vergleich: Der durchschnittliche Jahresverdienst in Tadschikistan liegt bei 735 Euro.

Kommunalwahlen

Die Verwaltungsstruktur Tadschikistans setzt sich aus einem autonomen Regierungsbezirk (Oblast: Berg-Badachschan), zwei weiteren direkt der Regierung unterstehenden Regierungsbezirken (Oblasts: Sughd und Chatlon), 13 direkt der Regierung angeschlossenen Städten und Landkreisen, 47 den Bezirksverwaltungen unterstehenden Städten und Landkreisen, der Hauptstadt Duschanbe (mit vier Stadtbezirken) und den 427 örtlichen Selbstverwaltungseinrichtungen (Dshamoate) zusammen. Bei den letzteren handelt es sich um 55 „Verbände“ (verwaltungstechnische Zusammenschlüsse) von mehreren Ansiedlungen (mit besserer Infrastruktur und teilweise vorhandener Industrie) und 372 „Verbänden“ von Dörfern (mit noch verbesserungsbedürftiger Infrastruktur und ohne Industrie).

In ‚Dshamoaten‘ fanden gemäß dem ‚Gesetz der Republik Tadschikistan über Selbstverwaltungseinrichtungen der Ansiedlungen und Dörfer‘ vom 05. August 2009 (Nr. 549) zum ersten Mal Wahlen statt.

Gemäß dem allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrecht werden die Abgeordneten der regionalen/lokalen „Volksparlamente“ der Regierungsbezirke, Landkreise, Städte und Selbstverwaltungseinrichtungen in geheimer Abstimmung auf fünf Jahre gewählt. In Deutschland (Bundesland Bayern) sind als entsprechende Organe der lokalen Selbstverwaltung Bezirkstag, Kreistag, Stadtrat, Marktrat und Gemeinderat zu nennen.

Die gesetzliche Zahl der gewählten Mitglieder der regionalen/lokalen Parlamente ist wie folgt festgesetzt:

- Für alle Regierungsbezirke und die Hauptstadt Duschanbe bis zu 70 Abgeordnete;
- Für die Landkreise und Städte bis zu 40 Abgeordnete;
- Für alle Selbstverwaltungseinrichtungen mindestens 15, aber nicht mehr als 40 Abgeordnete (entsprechend der Einwohnerzahl). Jedoch muss jedes Dorf des Verbandes mindestens mit einem Abgeordneten im Parlament (Rat) vertreten sein.

Die Gouverneure der Regierungsbezirke, die Landräte und auch die „Vorsitzenden“ der Stadtverwaltungen (in Deutschland: Bürgermeister) werden von der Regierung vorgeschlagen und vom Präsidenten ernannt. Dagegen werden die Vorsitzenden der Selbstverwaltungseinrichtungen aus den Mitgliedern des gewählten Parlaments (in Deutschland: Markt- bzw. Gemeinderat) gewählt, wobei der Landrat ein Vorschlagsrecht für die Kandidaten hat.

Bei den durchgeführten Kommunalwahlen in Tadschikistan gab es für jedes zur Verfügung stehende Mandat etwa 3,5 Kandidaten (Mitteilung der tadschikischen Wahlkommission).

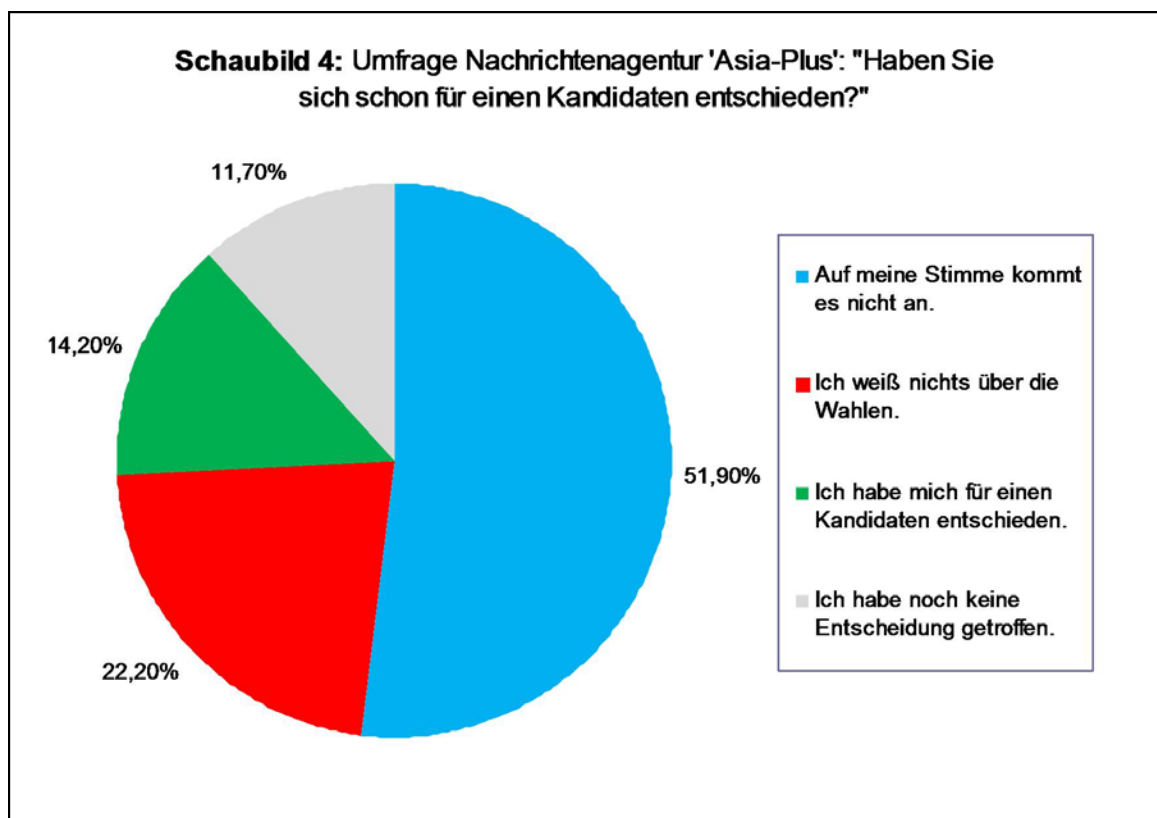
4. Wahlkampf und Wahlprognosen

In Duschanbe waren an jeder Ecke Wahlplakate angebracht. Meist jedoch nur die der regierenden NDPT. Der Präsident Tadschikistans hatte vor den Wahlen mehrmals erklärt, dass die anstehenden Parlaments- und Kommunalwahlen „möglichst transparent sein

müssen“ und hat alle Verantwortlichen dazu aufgerufen, dieses Ziel zu unterstützen. Aber vor allem die Oppositionsparteien PIWT und SDPT berichteten davon, dass beginnend mit der Registrierung ihrer Kandidaten bis in alle Phasen des Wahlkampfs viele Entscheidungen der nationalen Wahlkommission nicht nachvollziehbar waren und von ihnen nicht akzeptiert wurden. So berichtete der Parteivorsitzende der PIWT, „dass die Leiter einiger Wahlkreiskommissionen, die fast ausschließlich mit Mitgliedern der Regierungspartei besetzt waren, mit den oppositionellen politischen Parteien und Kandidaten nicht zusammenarbeiteten, ja teilweise nicht einmal an ihrem Arbeitsplatz erschienen sind“. Die SDPT-Parteiführung beklagte sogar, „dass die Wahlkreiskommissionen hauptsächlich für die Kandidaten der NDPT gearbeitet hätten“.

Die Opposition kritisierte auch, dass die politischen Machthaber bewusst die Kampagne für das Sammeln von Finanzmitteln (unter den Bürgern) für den Bau des Rogun-Wasserkraftwerks in den Medien in den Vordergrund gestellt hätten, um so die Berichterstattung über die Parlaments- und Kommunalwahlen und die Darstellung der Opposition einzuschränken. „Auch wenn dies nur ein Zufall war, hat die Regierung die Situation geschickt ausgenutzt.“ (M. Kabiri, PIWT-Vorsitzender).

Als Bestätigung für die schwache Berichterstattung der tadschikischen Medien über den Wahlkampf kann auch eine Umfrage der Nachrichtenagentur „Asia-Plus“ herangezogen werden. Auf die Frage „Haben Sie sich schon für einen Kandidaten entschieden?“ haben die Teilnehmer wie folgt geantwortet:



Der Druck auf unabhängige und oppositionelle Massenmedien im Vorfeld der Wahlen stieg. Konkret ging es dabei um den Fall, dass zwei Richter des Obersten Gerichts und ein Richter des Gerichts der Stadt Duschanbe eine Verleumdungsklage gegen drei unabhängige Wochenblätter wegen ihrer Veröffentlichung über angebliche Korruption im Rechtssystem eingereicht hatten (Nachrichtenagentur ‚Asia-Plus‘ am 01. Februar 2010). Die Kläger fordern etwa 1,2 Millionen USD „moralischen Schadenersatz“ und die Aussetzung der Gültigkeitsdauer der Lizenz der angeklagten Medien während der Gerichtsverhandlung. Scharf kritisiert wurde auch das im Herbst 2009 eingeführte Gesetz, „dass Informationen aus offiziellen staatlichen Quellen nur noch gegen Bezahlung erhalten werden können“. Vor allem

die Opposition klagt, dass ihr dadurch der Zugang zu Informationen über die Arbeit des Präsidenten, des Parlaments und der Regierung verwehrt würde.

Nichtsdestotrotz gaben auch Oppositionspolitiker zu, dass der „eigentliche Wahlkampf offener verlaufen ist als noch vor fünf Jahren“.

Politische Beobachter erwarteten von den Wahlen keine ernsthaften Veränderungen in der Zusammensetzung des Unterhauses des tadschikischen Parlaments und der regionalen/lokalen Volksparlamente. Die Präsidentenpartei NDPT hatte beste Chancen, wie schon bei den letzten Wahlen die absolute Mehrheit der Sitze im Parlament und in den Kommunen zu erringen. Es wurde für möglich gehalten, dass ein oder zwei Kandidaten der regierungsnahen Parteien (Agrarpartei Tadschikistans und Partei der wirtschaftlichen Reformen Tadschikistans) einen Parlamentssitz erhalten könnten. Falls die Wahlen wirklich transparenter als früher ablaufen würden, wurde der islamisch orientierten PIWT zugetraut, dass sie die Zahl ihrer Abgeordnetenmandate erhöhen könnte. Der SDPT wurden Chancen eingeräumt, eventuell (über ein Direktmandat) einen Parlamentssitz zu erringen.

Voraussagen über das Ergebnis der Kommunalwahlen wurden nur sehr spärlich veröffentlicht, da die Parlamentswahlen die nationale Berichtserstattung klar dominierten. Aber auch hier wurde ein klarer Sieg der Regierungspartei NDPT erwartet.

5. Wahlergebnisse (bekanntgegeben von der Zentralen Wahlkommission am 07.03.2010)

Am 28. Februar 2010 fanden schließlich die landesweiten **Wahlen zum Unterhaus des tadschikischen Parlaments**, sowie für die kommunalen Parlamente statt.

Die **Wahlbeteiligung** lag bei **90,3 Prozent** (3.289.377 Wähler).

Wie erwartet, werden die Kandidaten der regierenden NDPT die Mehrheit der Plätze im neuen Parlament einnehmen.

Tabelle 1: Ergebnisse der Wahlen zum tadschikischen Parlament (Unterhaus)

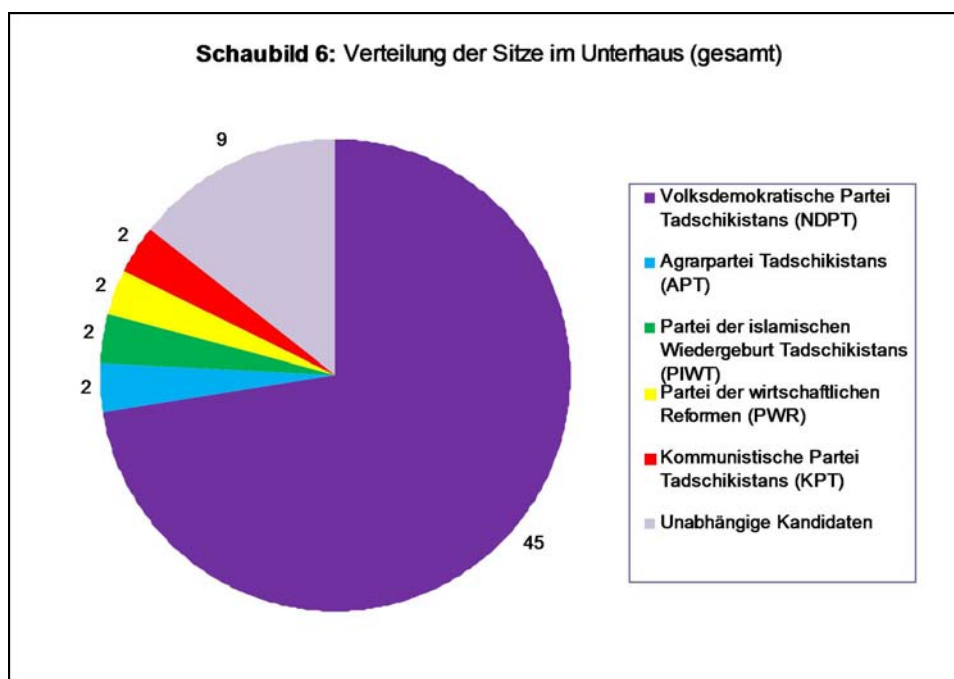
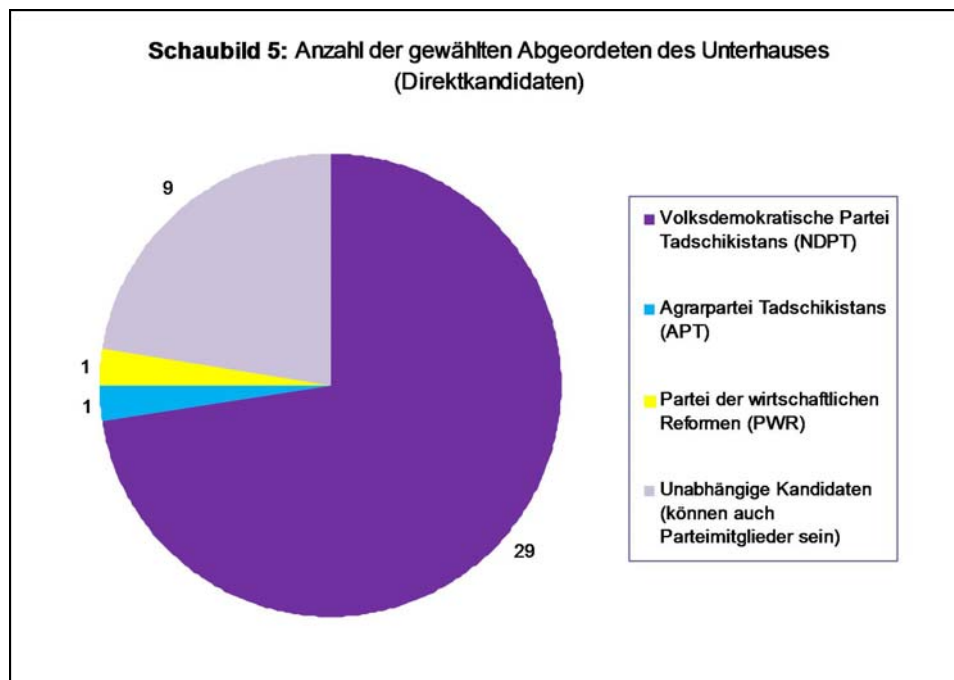
Nr.	Name der Partei	Zahl der landesweit erhaltenen Partei-Stimmen (Prozent)	Zahl der erhaltenen Mandate über die Parteiliste (Proporzverfahren)	Zahl der erhaltenen Mandate über Direktkandidaten (Majorzverfahren)
1	Agrarpartei Tadschikistans (APT)	5,01	1	1
2	Demokratische Partei Tadschikistans (DPT)	0,84	0	0
3	Partei der wirtschaftlichen Reformen (PWR)	5,03	1	1
4	Kommunistische Partei Tadschikistans (KPT)	7,22	2	0
5	Partei der islamischen Wiedergeburt Tadschikistans (PIWT)	8,20	2	0
6	Sozialistische Partei Tadschikistans (SP)	0,47	0	0
7	Sozialdemokratische Partei Tadschikistans (SDPT)	0,72	0	0
8	Volksdemokratische Partei Tadschikistans (NDPT)	70,00	16	29
9	Unabhängige Kandidaten	0,00	0	9
	Gesamt	97,49	22	40

Anmerkungen: a. In einem Wahlkreis muss die Wahl um das Direktmandat für das Parlament wiederholt werden. Deshalb sind in der obigen Tabelle nicht 41, sondern nur 40 Direktmandate angezeigt.
b. 2,51 Prozent der Stimmen waren ungültig.

Die Präsidentenpartei NDPT hat insgesamt 70,00 Prozent der Wählerstimmen, von den 22 Parteilistenplätzen 16 und von den Direktmandaten in den Wahlkreisen 29 erhalten. Von den insgesamt 63 Abgeordnetenmandaten hat die regierende Partei 45 erhalten. Bei den letzten Wahlen von 2005 waren es noch 52 gewesen. Aber es muss hier erwähnt werden, dass die unabhängigen Kandidaten mit 9 Mandaten allesamt der NDPT nahe stehen und nach allgemeiner Auffassung sogar von der NDPT aufgestellt wurden, um so offiziell dem Parlament einen mehr pluralistischen Charakter zu geben. Während der Parlamentsarbeit werden sie die NDPT unterstützen.

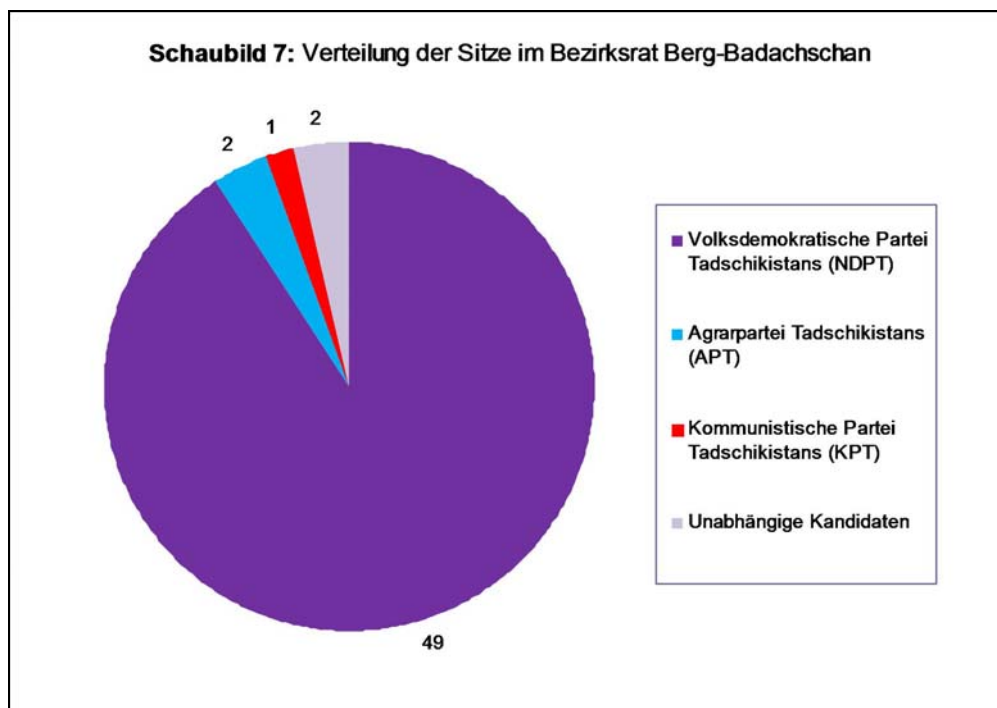
Vier Parteien haben jeweils zwei Abgeordnetenmandate gewonnen: Agrarpartei Tadschikistans, die Partei der wirtschaftlichen Reformen Tadschikistans, die Kommunistische Partei Tadschikistans und die Partei der islamischen Wiedergeburt.

In einem Wahlkreis muss die Wahl für das Direktmandat zum Parlament wiederholt werden.



Auch bei den **Wahlen zu den kommunalen Parlamenten** hat die regierende Partei NDPT einen „überragenden“ Sieg errungen.

Die folgenden Beispiele sollen dies verdeutlichen: Bei den neu gewählten Abgeordneten des regionalen Parlaments des Regierungsbezirks Berg-Badachschan (Bezirksrat) sieht das Ergebnis wie folgt aus: Von 54 gewählten Abgeordneten entfallen auf die regierende NDPT 49, auf die ‚Kommunistische Partei‘ zwei, auf die ‚Agrarpartei‘ ein und auf unabhängige Kandidaten zwei Sitze. Für das regionale Parlament des Regierungsbezirks Sughd wurden insgesamt 67 Abgeordnete gewählt, von denen die regierende NDPT 62 Mandate erhielt. Zwei Sitze gingen an die ‚Kommunistische Partei‘, ein Sitz an die ‚Agrarpartei‘ und auch zwei unabhängige Kandidaten zogen in dieses Parlament ein. Im bezirksfreien Kreistag Tawildar wird die NDPT mit 35, die ‚Partei der islamischen Wiedergeburt Tadschikistans‘ mit einem und unabhängige Kandidaten mit 4 Mandaten vertreten sein.



Alle Parteien außer der regierenden NDPT haben ihre Unzufriedenheit mit dem Verlauf der Wahlen und vor allem mit der Stimmenauszählung geäußert. Die ‚Partei der islamischen Wiedergeburt Tadschikistans‘ wird als Zeichen ihres Protests gegen die amtlichen Ergebnisse der Wahlen vom 28. Februar 2010 aus dem ‚Gesellschaftlichen Rat Tadschikistans‘ austreten. Diese Institution war im April 1996 im Anschluss an den ‚Vertrag über die gesellschaftliche Einheit‘ (09. März 1996) gegründet worden. Dem Rat gehören Vertreter der tadschikischen Regierung, der politischen Parteien, religiöser Verbände, Nichtregierungsorganisationen, sowie Künstler und Intellektuelle an. Die Parteien PIWT und DTP fordern ein Nachzählen der Stimmen. Geschieht dies nicht, will auch die DTP den ‚Gesellschaftlichen Rat‘ verlassen. Die PIWT beabsichtigt, gegen die zentrale Wahlkommission wegen nachgewiesener Fälschungen eine Klage vor Gericht einzureichen. Der Vorsitzende der PIWT nannte die vergangenen Wahlen „undemokratisch, intransparent, brutal und letztendlich eine Komödie“. Weiter führte er aus: „Als die PIWT im Jahre 2005 16.000 offizielle Mitglieder hatte, erhielt sie bei den damaligen Parlamentswahlen 10 Prozent der Stimmen. Heute hat die Partei 40.000 Mitglieder und bekommt als Ergebnis ein wenig mehr als 8 Prozent der Wählerstimmen. Nach unseren eigenen Prognosen und der Meinung von unabhängigen politischen Beobachtern hat die PIWT etwa 30 Prozent der Stimmen erhalten.“ Auch die ‚Sozialdemokratische Partei Tadschikistans‘ hat das Wahlergebnis nicht anerkannt und spricht von zahlreichen Verletzungen des Wahlgesetzes bzw. Fälschungen. Als Beispiel wurde ein Wahllokal angeführt, in dem die Wählerlisten 500 Namen enthielten, aber die NDPT gemäß offiziellem Protokoll 900 Stimmen erhielt. Auch die Berichterstatter zahlreicher unabhängiger tadschikischer Zeitungen äußern ihr Befremden über die Wahlergebnisse. Sie führen an, dass nach Umfrageergebnissen von unabhängigen Massenmedien im Vorfeld der Wahl die regierende NDPT etwa 50 Prozent der Mandate im Parlament erhalten und die verbleibenden Sitze auf die anderen Parteien entfallen sollten. Hurschedi Awatullo von der Zeitung ‚Farash‘ spricht offen davon, dass „Wählerstimmen gefälscht wurden“.

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass der Ausgang der Wahlen keine Überraschung war. Aber für die Oppositionsparteien – allen voran die ‚Partei der islamischen Wiedergeburt‘ und die ‚Sozialdemokraten‘ – ist er dennoch eine Enttäuschung.

6. Internationale Wahlbeobachtung

Den Verlauf der Wahlen beobachteten insgesamt 25.000 lokale Vertreter von politischen Parteien und unabhängigen Kandidaten. 536 internationale Beobachter waren entsandt worden (167 GUS, 17 Schanghaier Organisation für Zusammenarbeit, 254 OSZE in Europa und 86 weitere internationale Organisationen). Während die Vertreter aus der GUS und der Schanghaier Organisation, die traditionell dem herrschenden Regime nahestehen, von demokratischen transparenten Wahlen sprachen, gab die OSZE eine negative Beurteilung ab: Allgemein sprach die OSZE von einem Mangel an demokratischen Standards und verbreitetem Wahlbetrug. Sie bezog sich unter anderem auf das verbreitete Wählen des Familienoberhaupts für die ganze Familie, sowie Probleme bei der Wählerregistrierung. Die Wahlen wurden als „Parodie“ bezeichnet.

Dem seit 1992 im Amt befindlichen Präsident Rahmon gelang es nach dem Ende des Bürgerkriegs 1997, sich als „Wahrer des Friedens“ zu präsentieren und jede Wahl – mehr oder weniger manipuliert – zu gewinnen. Vor den Parlaments- und Kommunalwahlen am 28. Februar 2010 unternahm er den Versuch, Hoffnung auf mehr Pluralismus zu verbreiten, auch um die an der wirtschaftlich angeschlagenen, aber geopolitisch wichtigen ehemaligen Sowjetrepublik interessierten Europäer und Amerikaner positiv zu stimmen. Die Wahlbeobachter ließen sich jedoch davon in ihrem Urteil nicht beeinflussen.

7. Ausblick für Tadschikistan

Der Versuch der tadschikischen Regierung, die neuerlichen Parlaments- und Kommunalwahlen als einen Indikator der fortgeschrittenen Demokratie im Lande darzustellen, muss als gescheitert angesehen werden.

Realität ist jedoch, dass die ‚Demokratische Volkspartei Tadschikistans‘ (NDPT) heutzutage beide Häuser des Parlaments und auch die regionalen/lokalen Parlamente kontrolliert. Daran wird sich auch nach den Senatswahlen vom 25. März 2010 nichts ändern. In der Ex-Sowjetrepublik haben echte Oppositionsparteien immer noch keine Chance. Menschenrechtsgruppen beklagen seit langem die Unterdrückung von jeder Art politischen Gegners. Korruption und Vetternwirtschaft grassieren. Kritische Informationen dringen kaum nach draußen. Unbequeme Internetseiten werden von der staatlichen Telefongesellschaft gesperrt. Die meisten Medien gelten als regierungsabhängig. Die politische Auseinandersetzung während des vergangenen Wahlkampfs blieb flau, obwohl das Land sich in einer schwierigen wirtschaftlichen Lage befindet. Die Regierung kämpft mit massiven Energieengpässen und befindet sich mit dem Nachbarn Usbekistan wegen der Nutzung von Wasserressourcen in einem Dauerstreit. Rahmon und sein Clan sind in der politischen Landschaft jedoch dominierend, nachdem unangenehme Gegner ausgeschaltet worden sind. Die Sorgen um das tägliche Leben verhindern stärkeres politisches Engagement des Bürgers. Etwa ein Drittel (!) der stimmberechtigten Bevölkerung befindet sich als Gastarbeiter in Ländern wie Russland oder Kasachstan. Fehlende Verdienstmöglichkeiten im eigenen Lande sind der Grund dafür. Nachdem sich die Beziehungen zu Russland in letzter Zeit abgekühlt haben, setzt Rahmon nun große Hoffnungen auf die Europäer und die Amerikaner. Der Bau des Mega-Wasserkraftwerks Rogun, von Usbekistan misstrauisch beäugt, diene dem Präsidenten während des Wahlkampfs nicht nur als Propagandamittel („Nationales Projekt“), sondern es soll auch ausländische Geldgeber anziehen. Im eigenen Land sind nach einer großen Kampagne zum „freiwilligen“ Kauf von Volksaktien für dessen Bau die finanziellen Mittel erschöpft.

Wie stark der seit 1994 regierende Präsident Rahmon den Machterhalt für seinen Clan betreibt, zeigt sich auch darin, dass er bereits jetzt einen seiner Söhne (Rustam Emomali) als seinen Nachfolger vorbereitet. Bei den Kommunalwahlen vom 28.02.2010 kandidierte dieser erfolgreich für das Stadtparlament der Hauptstadt Duschanbe. Bei wichtigen offiziellen Treffen nimmt der gerade 23-jährige schon den Platz neben seinem Vater ein. Gleichzeitig ist er stellvertretender Vorsitzender der größten tadschikischen Jugendorganisation. Diplomaten zweifeln seine Kompetenz jedoch an, nachdem er bereits eine Abteilung im Ministerium für Investitionen ziemlich erfolglos geleitet hat.

De facto beherrscht Präsident Rahmon das arme Land uneingeschränkt. Er kontrolliert dabei alle politischen Instanzen des Landes. Aber die Politik Rahmons bedeutet eine gefährliche Gratwanderung zwischen Autoritarismus und fehlender staatlicher Handlungsfähigkeit, die zudem die gewaltigen sozioökonomischen Probleme des Landes einer Lösung keinen Schritt näher bringt. Die Hauptgefahr für potentielle Proteste besteht heute darin, dass die nächste Revolution nicht mehr wie früher „rote“ Farbe haben wird, sie auch nicht „orange“ sein wird, sondern bereits „grün“. Die religiösen Parteien und Bewegungen, darunter auch die im Untergrund befindlichen und verbotenen, betreiben aktive Maßnahmen zur Vorbereitung einer solchen Entwicklung.

Die große Frage in Tadschikistan wird die folgende sein: Kann es dem Regime Rahmon weiter gelingen, den Vormarsch der ‚Partei der islamischen Wiedergeburt‘ und ähnlicher Gruppierungen zu stoppen – wenn nötig, auch mit Mitteln der Manipulation und politischen Einschüchterung? Politische Kenner, die das Land die letzten zehn Jahre regelmäßig besuchen konnten, melden hier Zweifel an. Der Besuch von Moscheen hat überproportional zugenommen, das Einhalten der islamischen Lebensregeln (z. B. Alkoholverbot) ist in der Gesellschaft wieder stark akzeptiert, internationale Konferenzen werden heute schon einmal von tadschikischen Repräsentanten mit einer „Referenz auf Allah und seinen Propheten“ eröffnet. Islamische (islamistische) Gruppen bieten der einkommensschwachen bzw. verarmten Bevölkerung vermehrt soziale Dienstleistungen an - vor allem im Bildungs- und

Gesundheitsbereich, wo die Defizite der staatlichen Strukturen wachsen. Das „Heer“ der arbeitslosen Jugendlichen wird gezielt von diesen Gruppen zu religiös extremistischen Aktivitäten herangezogen, die Ideen des Dschihad unter den Gläubigen in praktisch allen Regionen des Landes propagiert. Mit einer Rückbesinnung des Landes auf ein normales Maß an Religiosität hat dies alles nichts mehr zu tun.

Wie viele autoritäre Regime in Zentralasien unterschätzt auch der tadschikische Präsident die heutige Situation: Eine unzufriedene Bevölkerung sucht sich immer Möglichkeiten, ihren Unmut (ihre Opposition) zu äußern. Wenn die zentralasiatischen Machthaber die Möglichkeit einer demokratischen politischen Opposition einschränken oder gar ausschalten, dann werden diese Bevölkerungsschichten (vor allem die jüngeren) sich der gut organisierten, teilweise nicht nach außen offen sichtbaren, islamischen Opposition zuwenden. Nicht umsonst hat sich der Vorsitzende der ‚Partei der islamischen Wiedergeburt‘ so empört über den Ausgang der vergangenen Parlaments- und Kommunalwahlen geäußert. Er weiß über sein wirkliches Wählerpotential sehr gut Bescheid!

Was bedeutet die Situation nach den Wahlen für die Strategie von Europa und auch Deutschlands gegenüber der tadschikischen politischen Führung? Natürlich muss dem Regime Rahmon mit vernünftigen nachvollziehbaren Argumenten klar gemacht werden, dass eine langsame in Schritten vor sich gehende demokratische Öffnung des Landes nicht nur zum Wohle des Bürgers, sondern auch zum Nutzen der derzeit herrschenden politischen Elite sein wird. Europa und Deutschland sollten sich mit ihrer finanziellen und technischen Hilfe für Tadschikistan von zu komplizierten, teuren, an der Makroebene orientierten Ansätzen wegbewegen und mehr die Basis (Mikroebene) mit primär notwendigen sozialen Dienstleistungen unterstützen. Der Aufbau und die Betreibung von Schulen und Gesundheitsstationen könnten hierbei ein Betätigungsfeld sein. Auch müssen Europa und Deutschland die zukünftigen Kader für Politik, Verwaltung und Nichtregierungsorganisationen in einem sich demokratisch entwickelnden Tadschikistan heranbilden.

„Impressum“:

Herausgeber: Christian J. Hegemer, Leiter IBZ

Autor: Max Georg Meier

Lazarettstr. 33 – 80636 München –

Tel.: +49 (0)89 1258-0 – FAX: +49 (0)89 1258-359

e-Mail: grunsatzreferat@hss.de – Homepage: www.hss.de

Erstellt am: 12.03.2010

(Quellennachweis für Karte ‚Tadschikistan und Nachbarländer‘:

1997 MAGELLAN Geographix (805) 685-3100)